



Interviews

Datum: 25.09.2023

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Anna-Lena Baerbock, Grüne, Bundesaußenministerin

Barbara Schmidt-Mattern: Was muss passieren in der deutschen Asyl- und Migrationspolitik, um die Migration besser zu steuern? – Am Telefon begrüße ich die Außenministerin, Annalena Baerbock von den Grünen. Schönen guten Morgen, Frau Baerbock.

Annalena Baerbock: Schönen guten Morgen.

Schmidt-Mattern: Altbundespräsident Gauck spricht angesichts der Stimmung im Lande, der Besorgnis in vielen Kommunen, Städte und Gemeinden, von einem Kontrollverlust bei der Migration. Sehen auch Sie diesen Kontrollverlust?

Baerbock: Nein. Es ist eine absolut angespannte Situation in den Kommunen. Das weiß ich ganz genau, dass etliche Kommunen an der Belastungsgrenze sind. Das heißt, dass unklar ist, wie man überhaupt noch Kita- und Schulplätze bereitstellen soll für geflüchtete Kinder. Auch bei der Unterbringung gibt es wahnsinnigen Druck. Das ist uns allen in der Bundesregierung sehr klar. Aber deswegen handeln wir auch. Deswegen unterstützen wir die Kommunen bei der Unterbringung und deswegen arbeiten die Innenministerin und ich als Außenministerin so hart, dass wir in Europa endlich zu gemeinsamen Regelungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik kommen.

Schmidt-Mattern: Nun wird ja mit ganz vielen Vorschlägen jongliert auf allen Seiten, in allen Parteien im Moment, seien es Obergrenzen oder verstärkte Grenzkontrollen. Auch die Forderung nach einer Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten ist da. Was muss aus Ihrer Sicht jetzt als erstes geschehen, um etwas Druck aus dem Kessel zu nehmen?

Baerbock: Wir brauchen Struktur und Ordnung und ich glaube, was das Gefährlichste ist – und deswegen schlage ich auch nicht mit Absolutismen um mich oder mit Begriffen, die Menschen verunsichern -, wir müssen klare Regeln an den Außengrenzen schaffen, damit endlich Menschen geordnet in Europa verteilt werden. Deswegen haben wir als Bundesregierung im Frühsommer die Vorschläge unterstützt, dass es an den Außengrenzen bereits Grenzverfahren gibt. Das war bekanntermaßen hart diskutiert, aber das brauchen wir, um

dann in Europa geordnet zu verteilen. Und es ist klar: Wir haben fast eine Million Geflüchtete aus der Ukraine untergebracht. Das ist ein wahnsinniger Akt der Solidarität. Und wir müssen jetzt dafür sorgen, dass die Kommunen nicht an ihre Belastungsgrenzen kommen durch gerechte Verteilung in Europa, durch schnelle Verfahren an den Außengrenzen und auch durch viel schnellere Rückführung für Menschen, die in Europa nicht bleiben können.

Schmidt-Mattern: Wir kommen gleich noch mal auf die europäische Ebene zu spreche. – Stichwort Außengrenzen. Lassen Sie mich noch einen Moment bei der innenpolitischen Debatte bleiben. Die Union hat Ihnen am Wochenende – Ihnen, der Ampel – die Hand Hand ausgestreckt und gesagt, nehmen wir das Wort vom Deutschlandpakt des Kanzlers auf und setzen uns zusammen für Lösungen in der Migrationspolitik. Schlagen Sie ein bei dieser ausgeschlagenen Hand von Friedrich Merz?

Baerbock: In solchen Momenten, wo wir besonders herausgefordert werden, ist es unglaublich wichtig, dass unsere Gesellschaft, dass unser Land und dann natürlich erst recht demokratische Parteien beieinanderstehen, um Lösungen ringen und nicht mit Kampfbegriffen um sich schmeißen, denn ansonsten geben wir Raum für Hass und Hetze, und das ist gerade in der Migrationspolitik so brandgefährlich. Wenn jetzt alle an einen Tisch kommen, alle demokratischen Parteien, und sachlich um Lösungen ringen, wäre das das Beste, was unserem Land passieren kann.

Schmidt-Mattern: Das heißt, Sie nehmen das Angebot von Friedrich Merz an, Sie als Grüne?

Baerbock: Das war ja nicht zuerst seine Idee, sondern der Bundeskanzler hat letzstens bereits bei dem Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten deutlichgemacht, dass wir als Bundesregierung unterschiedliche Vorschläge haben. Er hat da bereits gesagt, wir können das nur gemeinsam schaffen zwischen Bund, Ländern und den Kommunen. Da in den Bundesländern, in den Kommunen und auf Bundesebene unterschiedliche demokratische Parteien regieren, ist es das Beste, wenn wir alle gemeinsam um vernünftige Lösungen ringen. Das erwarten, glaube ich, die Menschen zurecht in unserem Land.

Schmidt-Mattern: Ja, Frau Baerbock. Nur viele Menschen im Lande fragen sich, worauf warten Sie denn dann. Der letzte Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt war im Frühjahr; der nächste soll im November sein. Wenn Sie sagen, wir müssen uns gemeinsam an einen Tisch setzen, worauf wartet Olaf Scholz, worauf wartet die Ampel?

Baerbock: Dafür braucht es eben die Grundlage der europäischen Regeln, weil es macht ja Sinn, vor allen Dingen zuerst an der Außengrenze zu regeln. Wir kommen vielleicht noch mal auf das Stichwort Krisenverordnung. Wir haben ein gutes Paket an acht unterschiedlichen Regelungen auf europäischer Ebene von den Mitgliedsstaaten beschlossen. Das muss jetzt mit dem Europaparlament und der Kommission noch geeint werden. Auf dieser Grundlage müssen wir dann unsere nationalen Regeln entsprechend umsetzen, dass wir auch in Deutschland schnell registrieren können, alle Ausländerbehörden endlich digitalisiert sind, damit man schnelle Entscheidungen treffen kann, Menschen, die nicht bleiben, sehr schnell zurückgeführt werden können, Menschen, die hier bleiben, sehr schnell Deutsch lernen, sehr schnell hier arbeiten können, damit wir auch die Situation regeln, dass viele, die bereits in Betrieben sind, endlich Klarheit haben und hier dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, die wir ja so dringend brauchen.

Schmidt-Mattern: Sie sagen, dafür braucht es die europäische Ebene. Heißt das mit anderen Worten, Frau Ministerin, dass im Grunde in diesen Zeiten, in diesem vereinten Europa die deutsche Politik sowieso nur begrenzte Einflussmöglichkeiten hat? Und wäre es an der Zeit, das ehrlich auszusprechen?

Baerbock: Wir leben ja zum Glück in einem vereinten Europa, wo wir in allen Themenfeldern, in der Umweltpolitik, in der Außenpolitik, gemeinsam handeln. Das sichert unseren Frieden in Europa. Aber leider hat es in den letzten Jahren in der Migrationspolitik keine gemeinsamen Regeln gegeben. Das hat dazu geführt, dass wir zum Teil ungesteuerte Migration in Europa hatten. Deswegen hat diese Bundesregierung gemeinsam mit den anderen Staaten so stark dafür gekämpft, dass wir endlich ein System haben, das Ordnung, klare Regeln und effektive Verfahren in der Migration in Europa bringt, an den Außengrenzen. Das gemeinsame europäische Asylsystem, das brauchen wir dringend. Dafür kämpfen Nancy Faeser und ich mit allem, was wir haben, in Brüssel. Deswegen ist es uns auch so wichtig, dass jetzt nicht durch eine nachgeschobene Verordnung, diese Krisenverordnung, diese Ordnung durch die Hintertür wieder kaputtgemacht wird, denn gerade in der Krise müssen alle europäischen Staaten solidarisch zusammenstehen und da kann dann nicht an der Außengrenze wieder jedes Land machen, was es möchte, weil dann droht, dass wieder unregistriert Menschen nach Europa geleitet werden, und das würde insbesondere unsere Kommunen massiv belasten, und das können wir auch als Bundesregierung nicht verantworten.

Schmidt-Mattern: Das müssen Sie mir bitte noch mal erklären und auch konkretisieren, wenn Sie sagen, die Ordnung wird durch die Hintertür wieder kaputtgemacht in der EU. Was meinen Sie damit konkret?

Baerbock: Es gibt derzeit acht Verordnungen, die für alle Mitgliedsstaaten verbindliche europäische Regeln schaffen. Das ist eine Registrierung, schnelle Verfahren an den Außengrenzen, Rückführung und dann eine solidarische Verteilung in Europa. Dann kommen wir endlich dazu, dass Menschen nicht in Europa herumirren, sondern dass klar ist, wie in Europa die Menschen verteilt werden. Und es gibt jetzt einen nachgeschobenen Vorschlag, das ist die sogenannte Krisenverordnung. Das klingt jetzt sehr technisch, aber der Teufel liegt wie immer im Detail. Da soll dann den Außengrenzenstaaten wieder ermöglicht werden, sich selber auszusuchen, ob sie jetzt die Menschen in Grenzverfahren leiten, oder ob sie sagen, wir müssen alle in Europa verteilen, aber dann wird zugleich der Verteilmechanismus ausgesetzt. Das klingt jetzt sehr durcheinander und das ist es leider auch. Deswegen haben Nancy Faeser und ich gesagt, in der Krise muss Europa handlungsfähig sein, aber dann braucht es erst recht klare Regeln und dann braucht es nicht die Möglichkeit, dass jedes Land an der Außengrenze machen kann was es will. Deswegen werben wir so für eine geklärte Verteilung auch in Situationen, wo ganz, ganz viele Menschen nach Europa kommen.

Schmidt-Mattern: Es ist wirklich ein komplexes Thema. Ich versuche, es auch noch mal ein bisschen runterzubrechen. Wenn ich Sie richtig verstehe, ist Ihre konkrete Sorge, dass Länder wie Italien zum Beispiel, wenn man diesen Krisenmodus ausruft, dass dann mehr Menschen nach Deutschland einfach weitergeleitet werden könnten. Nur, Frau Baerbock, dass passiert doch jetzt auch schon!

Baerbock: Weil jetzt ja dieses sogenannte GEAS-Paket, die acht Verordnungen, auf die wir uns als Mitgliedsstaaten geeint haben, noch nicht greifen kann. Dazu braucht es noch die Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Kommission. Mit denen wird – so arbeitet Europa – gerade das final verhandelt. Ich appelliere an beide Gremien, die Kommission und das Europäische Parlament, dass wir bis zum Ende des Jahres da zu einer gemeinsamen Lösung kommen, damit dieses Migrationssystem, auf das Europa seit zehn Jahren wartet, dann endlich greifen kann und wir klarere und geordnete Verfahren in Europa für die Flüchtlingspolitik haben, denn das entlastet auch unsere deutschen Kommunen.

Schmidt-Mattern: Aber wenn ich Sie richtig verstehe, sind Sie es ja im Moment, also ist es Deutschland im Moment, das jetzt auf die Bremse tritt bei dieser großen Asyl-EU-Migrationsreform, die ja vor den Europawahlen im nächsten Jahr möglichst noch auf den Weg oder beschlossen werden soll, und Deutschland blockiert jetzt.

Baerbock: Das ist anders. Wie gesagt, die acht Verordnungen, die Registrierung, die Verfahren an der Außengrenze, die Unterbringungsstandards, die Verteilung in Europa, darauf haben sich alle 27 Mitgliedsstaaten geeint. Vielleicht kann sich der eine oder andere noch

daran erinnern. Auch da haben wir leidenschaftlich diskutiert. Aber für uns als Bundesregierung, für mich auch als grüne Außenministerin war wichtig, dass wir eine gemeinsame europäische Regelung haben.

Jetzt wurde eine neue Verordnung, diese Krisenverordnung hinterhergeschoben, obwohl es im großen Paket auch schon Krisenmöglichkeiten gibt, und das Europaparlament hat gedroht, wenn die Krisenverordnung da jetzt noch mit reinkommt, dann blockieren sie alles, und genau das ist mein Appell auch an das Europaparlament, diese Blockade jetzt aufzuheben. Wir haben ein gutes Migrationspaket, das können wir jetzt zum Ende des Jahres gemeinsam beschließen. Das braucht Europa dringend. In Krisen müssen wir zusätzlich handlungsfähig sein, aber es kann wie gesagt nicht sein, dass diese Krisenverordnung nun all die anderen klaren acht Regelungen durch die Hintertür wieder chaotisiert.

Schmidt-Mattern: Ich würde gerne noch mal hören, wo aus deutscher Sicht rote Linien sind bei dieser großen EU-Asylreform. Italien, Giorgia Meloni fordert zum Beispiel eine Seeblockade, dass Migrantenboote auf dem Weg auf dem Mittelmeer noch gestoppt werden und an die afrikanische Küste zurückgebracht werden. Wäre das für Deutschland eine rote Linie?

Baerbock: Das haben wir auch in diesem großen Migrationspaket mitverhandelt, dass für alle Staaten, auch für die Bundesrepublik Deutschland logischerweise unsere Grundlage die europäische Menschenrechtskonvention ist. Das ist die Basis, auf der wir alle Gesetze machen, und da gibt es auch klare Regeln zur Frage von Rückdrängung von Booten auf Hoher See. Man muss Menschen, die in Seenot sind, Schutz geben. Man darf sie nicht auf hohem Wasser einfach zurückdrängen. Zugleich – auch das haben wir europäisch gemeinsam verankert – müssen wir alles dafür tun, dass weniger Boote ablegen, dass wir mit den Ländern vor Europa Migrationsabkommen machen. Da arbeitet vor allen Dingen Deutschland federführend dran, damit weniger Menschen sich in diese gefährlichen Boote setzen.

Schmidt-Mattern: Eine kurze Frage noch zum Schluss, Frau Baerbock. Die mit Abstand meisten Geflüchteten kommen zurzeit aus Syrien und Afghanistan nach Deutschland. Wird es in diese Länder Abschiebungen unter einer Regierung mit grüner Beteiligung geben?

Baerbock: Wenn dort endlich wieder Frieden herrschen würde und ein Mindestmaß an Menschenrechten gesichert sein sollte, dann wollen sicher viele Menschen auch wieder in ihre Länder zurück. Aber in diesen beiden Ländern, insbesondere in Afghanistan herrscht im wahrsten Sinne des Wortes die Hölle. Da können Frauen noch nicht mal auf die Straße gehen, wenn sie nicht verschleiert sind, dürfen weder zur Schule noch zur Arbeit noch zum Friseur. Das heißt, da sind jegliche Menschenrechte ausgesetzt. In solche Situationen, in solch eine Hölle kann man nicht Menschen einfach zurückschieben.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.